

tel von 400 Millionen bis 450 Millionen € für die Kommunen. Ich denke, das kann man nicht einfach abtun.

Bei Ihnen ist der gesamte Anteil der Grunderwerbsteuer für die Gemeinden gestrichen worden. Bei uns ist er nicht nur wieder eingeführt worden, sondern die Gemeinden partizipieren auch an der Erhöhung und bekommen damit einen höheren Anteil an der Grunderwerbsteuer für ihre kommunalen Haushalte als je zuvor.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kruse?

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Ja, gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kollege Kruse.

**Theo Kruse (CDU):** Herr Finanzminister, könnten Sie noch mal Ihre Aussage erläutern: „Die Schulden von heute, die das Land Nordrhein-Westfalen hat, sind die fehlenden Investitionen der Vorgängerregierungen“? Habe ich Sie da tatsächlich richtig verstanden?

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Ich habe gesagt: Mit der einfachen Formel, mit der Sie heute beschreiben, dass die Investitionen der Landesregierung heute die Schulden von morgen sind, kann man auch sagen, dass die Schulden von heute mit mangelnden Investitionen von gestern zu tun haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das beziehe ich nicht nur auf den Landeshaushalt, das beziehe ich zum Beispiel auch auf kommunale Haushalte, die heute 20 Milliarden € Kassenkredite vor sich her schieben.

Ich bin am Ende meiner Redezeit. Deswegen möchte ich es gerne dabei bewenden lassen und nur noch sagen: Ich glaube, dass die moderate Erhöhung der Grunderwerbsteuer ein guter Baustein bei der Konsolidierung der Landes- und der Kommunalfinanzen sein kann.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Das ging auch gar nicht, weil fast alle ihre Redezeit überzogen haben.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt – **Beschlussempfehlung Drucksache 15/2388** –, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1924 – Neudruck – unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussfassung zu? – Die Linke, die SPD, die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Empfehlung mit Mehrheit **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 10 Neofaschismus bzw. Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 1  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/921

Antwort  
der Landesregierung  
Drucksache 15/1505

Ich eröffne die Beratung. – Am Pult steht schon für die Fraktion Die Linke Frau Kollegin Conrads bereit.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch mal darum bitten, wenn Sie jetzt aus dem Saal gehen, die Gespräche leise oder draußen zu führen, damit alle im Saal den Wortbeitrag der Kollegin hören können. – Bitte schön, Frau Conrads, Sie haben das Wort.

**Anna Conrads (LINKE):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Zuschauerinnen, liebe Zuschauer! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nordrhein-Westfalen hat ein Problem mit Neonazis. Das geht aus der ersten Großen Anfrage hervor, die in dieser Legislaturperiode von unserer Fraktion gestellt wurde.

Die rot-grüne Landesregierung in NRW setzt aber mit der Beantwortung unserer Großen Anfrage den Kurs ihrer Vorgängerregierung fort. Und leider verharmlöst sie die neofaschistische Strukturen und Aktivitäten im bevölkerungsreichsten Bundesland.

(Zuruf: Unglaublich!)

So entsteht aufgrund der Antwort der Landesregierung der Eindruck, dass man von Staats wegen die neofaschistischen Aktivitäten unter Kontrolle habe. Die Realität sieht jedoch – und das wissen Sie, wer te Kolleginnen und Kollegen von der SPD und vor allen Dingen von den Grünen, sehr genau – etwa in Aachen und Dortmund ganz anders aus. Die Zahlen, die Sie aufführen, bestätigen das auch. Aber die Schlussfolgerungen daraus bleiben teilweise rätselhaft.

(Beifall von der LINKEN)

In Dortmund kommt es regelmäßig zu massiven Bedrohungen und Gewalttaten durch Neonazis. In Dortmund-Dorstfeld mussten schon zwei Familien und eine Einzelperson den Stadtteil verlassen, weil sie kontinuierlich gewalttätigen Angriffen und Attacken vor allen Dingen der Autonomen Nationalisten rund um den Wilhelmplatz ausgesetzt waren. Regelmäßig kommt es zu Anschlägen auf alternative Cafés, auf Buchläden, auf Parteibüros der Grünen, der SPD und der Linken. Letzte Nacht noch ist das Büro meiner Kollege Ulla Jelpke erneut überfallen worden. Die Scheibe ist eingeschlagen worden – das sechste Mal in Folge. Manchmal waren es Buttersäure-Attentate, es war auch schon mal ein lebensgefährlicher Angriff mit einer Stahlkugel in das Wahlkreisbüro hinein.

Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, beziehen nicht eindeutig Stellung zu dieser neofaschistischen Gewalt. Wir haben nämlich zum Beispiel von Ihnen wissen wollen, wie viele Menschen genau zwischen 1995 und 2010 in NRW ermordet wurden. Die Antwort ist nicht nur ernüchternd, sondern sie ist schlicht und ergreifend falsch und ungeheuerlich. So sind nämlich für den besagten Zeitraum einzig zwei Tötungsdelikte und acht versuchte Morde von Neonazis in der Statistik des Landeskriminalamtes erfasst worden. Nicht als politisch motiviert gewertet worden ist unter anderem der Mord an dem Punk „Schmuddel“ durch den Neonazi Sven Kahlin, der bei einer verbalen Attacke mit dem Messer auf „Schmuddel“ losgegangen ist und ihn erstochen hat. Erst kürzlich ist Sven Kahlin – gerade aus dem Gefängnis entlassen – wieder an Übergriff auf die Dortmunder „Hirsch-Q“ beteiligt gewesen. Ich frage mich, warum nicht erkannt wird, dass damals ein eindeutig rechter Hintergrund für einen Mord gegeben war.

(Beifall von der LINKEN)

Sehr geehrter Herr Innenminister, Sie haben kürzlich die Mahn- und Gedenkstätte „Wächter“ in Selm eingeweiht, die an im Dienst ermordete Polizisten erinnern soll, weigern sich aber weiterhin – das haben Sie mir in Ihrer Antwort auf meinen offenen Brief bestätigt –, die Erschießung von drei Polizeibeamten durch den Dortmunder Neofaschisten Michael Berger im Jahre 2000 als politisch motivierten Nazimord in die Statistiken aufnehmen zu lassen. Dabei handelt es sich in all diesen Fällen tatsächlich um solche.

Michael Berger, der sich im Anschluss an seine Tat selbst erschoss, wurde in der rechten Szene als Held gefeiert. Er wurde mit Aufklebern geehrt: „3:1 für Deutschland – Berger war ein Freund von uns! Kameradschaft Dortmund.“ – Das wurde in der gesamten Ruhrgebietsmetropole Dortmund verklebt. Wir fordern, dass auch diese Morde als politisch motivierte Morde anerkannt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Aber nicht nur in Fragen von Gewalt und Neonazimorden klaffen die Einschätzungen von Neonazigegnerinnen und Regierung auseinander. Die Landesregierung behauptet, dass die Polizei das Gros der Leute, die im Internet als Antifaschisten geoutet werden und gegen die Nazis zu Gewalt aufrufen, aufgeklärt und mit ihnen Gespräche geführt hat. Das entspricht aber bei vielen Betroffenen aus dem Raum Dortmund und dem Raum Aachen nicht der Realität. Reden Sie mit diesen Leuten!

Auch die Behauptung, dass die Anschläge auf Privatwohnungen, Parteibüros und Autos immer als rechte Anschläge gewertet worden sind, entspricht einfach nicht der Wahrheit – trotz rechter Symbolik und Parolen, die hinterlassen wurden. Ich kann Ihnen eine Menge Zeugen nennen, die das bescheinigen können. Deswegen muss eine unserer ganz klaren Forderungen sein, die polizeilichen Statistiken daraufhin zu überprüfen, ob die Erfassung politisch motivierter Straftaten tatsächlich funktioniert.

(Beifall von der LINKEN)

Auch das Mobilisierungspotenzial der sogenannten autonomen Nationalistenszene in Dortmund entspricht nicht dem real erfahrbaren vor Ort. Sie sind nicht nur in der Lage – wie die Landesregierung es sagt –, 30 Menschen zu mobilisieren, sondern binnen kürzester Zeit sind schon mehr als 100 Leute rund um den Wilhelmplatz mobilisiert worden. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung, führt eben auch dazu, dass dieses Problem nicht in ausreichendem Maße ernst genommen wird. Wir fordern Sie auf, das nicht weiter zu verharmlosen.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Minister, in einem Punkt möchte ich Sie aber ausdrücklich loben. So haben Sie zum Beispiel neu-lich die selbsternannte Bürgerbewegung „pro NRW“, die vor allen Dingen mit antimuslimischem Rassismus auf sich aufmerksam macht, als „Nazis in Nadelstreifen“ bezeichnet.

(Minister Ralf Jäger: Mit Fragezeichen!)

– Diese deutlichen Worte begrüßen wir dennoch ausdrücklich, Herr Jäger – das möchte ich hier auch mal sagen –,

(Beifall von der LINKEN)

vor allem, weil ich mein Bürgerbüro in Duisburg habe und dort viele, viele Migrantinnen, auch Muslime, leben, die sich von „pro NRW“ ebenfalls diskriminiert und bedroht fühlen. Die Linke sagt weiterhin, sie wird immer an der Seite derjenigen stehen, die Opfer von rechter Bedrohung, Diffamierung und rassistischer Attacken sind.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich bezüglich der Großen Anfrage zum Schluss kommen. Wir finden, die Landesregierung hat im Kampf gegen Neofaschismus noch viel Nachholbedarf. Das hat die Antwort auf unsere Große Anfrage bewiesen. Sie sollten umdenken und jetzt die 300.000 €, die im Haushalt für die Opferberatungsstellen eingestellt sind – gerade im Raum Dortmund und im Raum Aachen –, jetzt auf den Weg bringen. Sie sind dringend nötig. Sie sollten die qualitativ hochwertigen Konzepte, die sich im Osten sehr bewährt haben, umsetzen. Sie sollten das Bedrohungspotenzial ernst nehmen, indem Sie endlich ein Landesprogramm gegen Rechts auflegen, wie es auch im Koalitionsvertrag steht. Dafür müssen Sie aber zunächst diese Problematik ernst nehmen, sonst kann das Programm nicht wirklich gegen Rechts wirken. Sie sollten die polizeilichen Statistiken überprüfen.

Zum Schluss möchte ich noch sagen: Ich freue mich sehr, dass viele von Ihnen inzwischen zumindest außerhalb des Parlamentes deutliche Kante gegen Rechts zeigen. Viele von Ihnen haben ja auch den Aufruf des Bündnisses „Dortmund nazifrei!“ unterzeichnet, das zu friedlichen Blockaden militanter Neonazis am 3. September in Dortmund, dem inzwischen übrigens zweitgrößten Neonazi-aufmarsch in Deutschland, aufrufen. Ich begrüße außerordentlich, dass sich nicht nur die SPD und die Grünen, sondern auch die Jungen Liberalen, Arbeitsminister Guntram Schneider, unsere Kolleginnen und Kollegen Armin Jahl, Nadja Lüders, Gerda Kieninger und die Staatssekretärin Zülfiye Kaykin am 3. September mit friedlichen Mitteln den Faschisten in den Weg stellen wollen. Ich hege zumindest die Hoffnung, dass sich auch hier im Parlament in Sachen Zivilcourage gegen Nazis einiges verändern wird.

Gemeinsam mit dem bundesweiten Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“, das auch von dem ver.di-Bundesjugendchef, von der Internationalen Liga für Menschenrechte und anderen linken Organisationen unterstützt wird, sind wir zuversichtlich, dass wir dieses Jahr ein starkes außerparlamentarisches Symbol gegen den Neofaschismus in NRW setzen können. Ich hoffe, dass diese Debatte weiter in diesem Sinne geführt wird und nicht die selbsternannten Extremismusexperten der CDU gleich wieder eine Debatte vom Zaun brechen, die mit dem Thema „Neofaschismus“ und der Bedrohung für Leib und Leben der Menschen hier überhaupt nichts zu tun hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Conrads. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Lehne.

**Olaf Lehne (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zu-

schauer! Wenn es in unserem Hause um das Thema „Rechtsextremismus“ bzw. „Faschismus“ geht, gibt es im Grundsatz keinen Dissens zwischen den Parteien von CDU, FDP, SPD und Grünen.

(Lachen von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Rechtsextremisten wie Linksextremisten gilt es zu bekämpfen. Besonders bei Jugendlichen muss konsequent präventiv gearbeitet werden, damit sie erst gar nicht in ein rechtsradikales oder linksradikales Milieu abrutschen. Gerade mit Blick auf die Geschichte unseres Landes hat Rechtsextremismus keinen Platz in unserer Gesellschaft. Wir werden ihm überall entgegentreten.

(Beifall von der CDU)

Wir mögen ab und an anderer Meinung sein, welche Programme und Projekte man genau unterstützen oder initiieren soll, aber auch hier gibt es keinen grundsätzlichen Gegensatz.

Vor diesem Hintergrund möchte man also eigentlich sagen: Alles gut mit der Anfrage der Linken. – Keinesfalls! Ich möchte dies wie folgt begründen:

Die Antwort der Landesregierung ist eine hilfreiche Ergänzung der Berichte des Landesverfassungsschutzes. Daher können Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Linken, dem Verfassungsschutz, dessen Ergebnisse für die Antwort der Landesregierung mit Sicherheit nicht unerheblich waren, für seine Arbeit danken, anstatt permanent seine Auflösung zu fordern.

(Beifall von der CDU und von Dr. Robert Orth [FDP])

Auch diese Große Anfrage der Linken ist ein Baustein in dem Mythos: Die Linken meinen, die Einzigen im Lande zu sein, die den Rechtsextremismus ernst nehmen und bekämpfen wollen. Alle anderen schauen weg

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Auf jeden Fall die CDU!)

und/oder verharmlosen die Neonazis oder stecken mit ihnen sogar noch unter einer Decke.

Anders kann man die entsprechende Passage in der Vorbemerkung der Linken zu ihrer Großen Anfrage nicht verstehen. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren:

„Mancherorts, wie etwa in Aachen und Dortmund, wird die Existenz aktiver Netzwerke von Neofaschisten jedoch seit Jahren von der örtlichen Politik, Polizei und Justiz verharmlost und bagatellisiert.“

Frau Conrads hat eben einige Beispiele genannt. – Die Linken und ihre Verschwörungstheoretiker lassen grüßen!

Anders kann man auch die permanent veröffentlichten Pressemitteilungen der Linken nicht interpretie-

ren: Seht her, wir sind der Fels in der Brandung; wir haben die rechte Gefahr erkannt; alle anderen schlafen!

(Beifall von der LINKEN)

Es ist bestimmt nicht meine Lieblingsaufgabe, die Landesregierung in Schutz zu nehmen. Ich würde aber nicht im Traum darauf kommen, Frau Kraft oder Frau Löhrmann den Vorwurf zu machen, dass sie sich nicht genug gegen Rechts engagieren würden.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] – Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Auch dem Innenminister nicht. Das wäre abstrus.

Wer sich zum Beispiel am 12. Mai 2011 in der Sitzung des Haupt- und Medienausschusses den Bericht des Verfassungsschutzes und der Landeszentrale für politische Bildung angehört hat, der weiß, dass gerade beim Themenkomplex „Rechtsextremismus“ wirklich sehr viel unternommen wird.

Die Vorwürfe – eigentlich muss man sagen: Unterstellungen – von Frau Conrads und der Pressesprecherin der Linken, Frau Schwabedissen,

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Pressesprecherin? – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Landessprecherin! Er hat doch keine Ahnung!)

gingen so weit, dass ich schließlich eine Kleine Anfrage mit dem Titel „Verharmlost die Landesregierung den Rechtsextremismus in NRW?“ gestellt habe. Die Antwort fiel wie zu erwarten aus: An den schrillen Tönen der Linken ist nichts dran.

Diese Instrumentalisierung des Rechtsextremismus, um die eigene Daseinsberechtigung zu belegen, lässt sich noch mit einigen anderen Fakten nachweisen. So habe ich mir einmal angeschaut, zu welchen Formen des Extremismus die Linken hier im Landtag Anfragen etc. gestellt haben. Raten Sie mal, was dabei herausgekommen ist! Alle Anfragen bezogen sich ausschließlich auf den Rechtsextremismus.

Ja, was ist denn in unserem Land passiert? Gibt es keine Linksextremisten? Gibt es keine Islamisten? Gibt es keine ausländischen Extremisten wie etwa die rechtsextreme türkische Gruppe „Graue Wölfe“? Sind sie über Nacht alle verschwunden? Oder laufen wir da einem Hirngespinnst hinterher? – Nein!

Fakt ist: Die Linke interessiert sich eben nicht ausschließlich für die Bedrohung der Demokratie. Sie braucht den Schlachtruf „Antifaschismus!“; denn dieser gibt ihrer Partei angeblich eine Existenzberechtigung und eine Identifikationsmöglichkeit mit dem Alt-68er, dem ehemaligen DKP-Mitglied – wie Frau Böth – und dem steineschmeißenden Antifakriminellen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Was? Wer schmeißt hier Steine? Nehmen Sie das zurück!)

Deshalb ist die Linke unglaublich einäugig und verlogen, wenn sie den Schutz der Gesellschaft vor den Neonazis alleine sich selber auf die Fahne schreibt.

Meine Damen und Herren von der Linken, wenn Sie glaubwürdig sein wollen, dann stellen Sie doch bitte eine Kleine Anfrage zu den aktuellen gefährlichen Entwicklungen im linksextremistischen Spektrum.

(Beifall von Dr. Stefan Berger [CDU])

Anlass gibt es genug. So hat der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, erst vor wenigen Tagen dem „Hamburger Abendblatt“ ein Interview gegeben, in dem er sagt – ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten –:

„Ich halte den Linksextremismus für ähnlich bedrohlich wie den Rechtsextremismus.“

Und weiter:

„Wir verzeichnen starke extremistische Bestrebungen, die Grenzen überschreiten. Anschläge mit dem Ziel, Personen zu töten, gelten zwar in der linken Szene nach wie vor als nicht vermittelbar. Gleichwohl wird in Kauf genommen, dass Menschen getötet werden könnten.“

Das sehen wir auch in Nordrhein-Westfalen. Die Antwort auf meine Kleine Anfrage zu Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund in NRW ist gerade erst veröffentlicht worden. Da sehen wir: Gab es im ersten Quartal 2010 insgesamt 214 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund, waren es dieses Jahr schon 354 Straftaten.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Ein großer Unterschied! Das ist eine Steigerung von über 60 %. Darunter fielen 72 Gewaltdelikte. 2010 waren es noch 45. Das ist ebenfalls eine Steigerung von 60 %.

Wenn Sie unsere Demokratie glaubwürdig verteidigen wollen, dann hören Sie damit auf, allen anderen Parteien indirekt Mittäterschaft zugunsten der Neonazis zu unterstellen. Dies ist falsch und eine Beleidigung.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Hören Sie damit auf, uns hier mit Steineschmeißern in ein Boot zu setzen!)

Stellen Sie sich allen Formen des Extremismus. Das wäre dringend nötig.

Aber ich kenne Ihre Antwort leider schon. Sie werden das nämlich nicht tun. Sie wissen auch, warum: weil gerade die Linken in Nordrhein-Westfalen dermaßen ideologisch verblendet sind, dass sie gar kein Interesse an unserem politischen System haben und es auch überhaupt nicht schützen wollen.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Dann wären wir doch nicht hier!)

Ich darf aus der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 18. Juli 2011 zitieren. Dort heißt es zu dem Entwurf eines Parteiprogramms der Linken:

„Die Initiative dazu liege nun allein bei der Parteibasis. Dort ist die Meinung über den Programmwurf gespalten. Aus ostdeutschen Verbänden ist zu hören, der Text sei ... ‚teilweise wirklichkeitsfern‘ ... Die NRW-Linken erkennen in der Programm-Handschrift eine ‚Verparlamentarisierung unserer Partei‘ ...“

Genau das kann man auch aus anderen Äußerungen, etwa von Frau Schwabedissen, entnehmen. Sie wollen dieses System nicht. Sie wollen es, wie Sie es so schön träumerisch, diabolisch umschreiben, überwinden.

Sie sind Wölfe im Schafspelz, die den Kampf gegen Rechts benutzen, um gegen unsere parlamentarische Demokratie zu kämpfen – und das vorzugsweise nicht im Parlament, sondern mit Ihren militanten Kampfgenossen auf der Straße.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sollten es mal unterlassen, uns hier mit Tieren zu vergleichen! Das ist unglaublich!)

Das Traurigste an diesem Popanz ist, dass sich dann auch noch Rot-Grün vor diesen Karren spannen lässt, um um jeden Preis eine Mehrheit im Landtag zu haben.

Sie, meine Damen und Herren von der Linken und der Landesregierung, versuchen damit, unserer Demokratie das Grab zu schaufeln. Die rot-grüne Schreckenkoalition schadet dem Land. Wachen Sie endlich auf! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Ralf Michalowsky [LINKE]: Das war ein schlechter Redenschreiber!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Lehne. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Lüders.

(Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD] begibt sich zum Rednerpult.)

– Oh, Frau Lüders hat sich verwandelt. Das macht aber nichts. Dann nehmen wir doch stattdessen Herrn Prof. Bovermann. Bitte schön, Herr Kollege. Ich wusste das nicht. Unser Laufzettel weist die Kollegin Lüders aus. Aber selbstverständlich können Sie das in der SPD auch durchgängern. Bitte schön, Herr Prof. Bovermann.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Laufzet-

tel scheint heute in mehrfacher Hinsicht nicht zu stimmen. Gleich soll nämlich noch Herr Schäffer kommen. Der wird sich dann auch als Frau Schäffer herausstellen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das haben wir hier oben schon korrigiert, Herr Kollege. Ich danke aber für den Hinweis.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD):** Prima! – Meine Damen und Herren! Rechtsextremismus gehört zu den Themen der Landespolitik, mit denen wir uns leider regelmäßig auseinandersetzen müssen. Bisher hat es in diesem Hohen Haus immer einen Konsens in Fragen der Bekämpfung von Extremismus jeder Ausrichtung gegeben. Zuletzt gab es allerdings einige Versuche, Links- und Rechtsextremismus gegeneinander auszuspielen und für die parteipolitische Auseinandersetzung zu nutzen.

Nach den beiden Vorträgen der Kollegin Conrads und des Kollegen Lehne bin ich mir nicht ganz sicher, ob das nicht auch heute wieder in die übliche gegenseitige Aufrechnung abgeleitet. Ich bin der Meinung, dass uns das nicht weiterbringen wird.

Es handelt sich um die erste Große Anfrage der Linken. An einigen Stellen hatte ich schon den Eindruck, als sei dieses Instrument der Opposition noch etwas ungewohnt für Sie. Ich habe mich schon etwas gewundert, dass Sie nur nach den Strukturen des Rechtsextremismus fragen und dadurch zum größten Teil Informationen hervorrufen, die uns durch die Verfassungsschutzberichte schon bekannt sein dürften. Dabei geraten mir die Ursachen des Rechtsextremismus, vor allen Dingen die gesellschaftlichen Ursachen, etwas aus dem Blick.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Gestatten Sie mir noch eine kurze Bemerkung zu dem Begriff „Neofaschismus“, der geradezu inflationär vonseiten der Linken gebraucht wird – allerdings begrifflich unpräzise und theoretisch wenig fundiert.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich denke, dass sowohl der Begriff „Antifaschismus“ als auch der Begriff „Antikommunismus“ eher in das Arsenal des Kalten Krieges gehören und uns heute nicht mehr weiterhelfen werden. Ich werde mich an der Kategorie des Rechtsextremismus orientieren, der sowohl in den Sozialwissenschaften verwendet wird als auch in den Verfassungsschutzberichten entsprechend definiert wurde.

Ich möchte einige Aspekte inhaltlicher Art aus der Beantwortung der Großen Anfrage aufgreifen. Das ist bisher leider zu kurz gekommen.

Als Erstes zur allgemeinen Situation und Einschätzung: Wir haben noch einmal die Mitgliederzahlen mitgeteilt bekommen. Die NPD liegt bei rund 750 Mitgliedern. Die DVU hat sich aufgelöst, ohne dass

die NPD wirklich davon profitieren könnte. „pro NRW“ zählt ca. 350 Aktivisten. Dazu kommt eine Neonaziszene mit etwa 640 Personen; darunter die vorhin schon erwähnten sogenannten Autonomen Nationalisten.

Insgesamt könnte man anhand solcher Mitgliederzahlen meinen, das Potenzial des Rechtsextremismus sei sehr begrenzt. Doch ich würde vor einer solchen Einschätzung warnen. Ein Blick gerade auch in die Kommunalparlamente zeigt, dass NPD und „pro NRW“ in vielen Kommunalparlamenten vertreten sind und darüber auch Finanzierungsquellen erschließen, Strukturen aufbauen. Ich bin der Meinung, dass wir uns um dieses Problem noch mal in einem anderen Kontext kümmern müssen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, der Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen darf keinesfalls unterschätzt werden. Frau Conrads, weder SPD noch Grüne noch die Landesregierung tun dieses. Wenn Sie die Antwort auf die Große Anfrage aufmerksam gelesen haben, werden Sie an vielen Stellen vorfinden, dass gerade die Aktivitäten und der Mitteleinsatz des Rechtsextremismus sehr bedeutsam sind.

Für mich besonders erschreckend war die hohe Anzahl an Versammlungen, die durchgeführt worden sind. Von 2005 bis 2010 sind allein 418 Veranstaltungen aufgelistet. Wenn man einen Blick auf die Titel dieser Veranstaltungen wirft, sträuben sich eigentlich jedem aufrechten Demokraten die Nackenhaare.

Die rechtsextremistischen Parteien passen sich dem gesellschaftlich-kulturellen Wandel an. Längst haben sie Web-2.0-Angebote und soziale Netzwerke für ihre Zwecke entdeckt und entfremdet. Gerade die Autonomen Nationalisten nutzen das Internet als virtuelle Plattform.

Am deutlichsten wird sicherlich die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus an dem Aspekt der Straftaten. Darauf ist vonseiten der Linken besonders rekurriert worden – zu Recht, wie ich meine. Der Bereich der politisch motivierten Kriminalität von rechts zählt insgesamt 464 Straftaten aus dem Bereich Rassismus, 1.411 aus dem Bereich Antisemitismus und insgesamt – eine wirklich erschreckende Zahl – 18.003 Straftaten.

Die Zahl der Ermittlungsverfahren ist angestiegen, hat im Jahr 2009, einem Kommunalwahljahr, eine Rekordeinschneide erreicht und hat sich inzwischen bei 4.000 Ermittlungsverfahren eingependelt. Der Anteil der Verurteilten liegt bei ungefähr 10 %. Das heißt, die meisten Verfahren werden eingestellt – aus sehr unterschiedlichen Gründen.

Die Linke verweist noch auf einen weiteren häufig vernachlässigten Aspekt: die Opfer rechter Gewalt. Aber, Frau Conrads, nicht nur die Nazigeegnerinnen und Nazigeegner, sondern auch völlig unbeteiligte

Bürgerinnen und Bürger werden aufgrund ihres Migrationshintergrundes, ihrer religiösen oder sexuellen Orientierung von Neonazis attackiert.

2005 bis 2010 wurden, speziell bezogen auf die Nazigeegnerinnen und Nazigeegner, 399 Bedrohungen, Nötigungen oder Gewaltdelikte gezählt.

Eine ganz besonders perfide Form des Vorgehens von Rechtsextremisten gegenüber dem politischen Gegner ist dessen Bekanntmachen mit Namen und Foto im Internet oder auf Flugblättern. Dieses sogenannte Outen trat in 23 Fällen auf; 112 Personen waren betroffen. Das ist die Stelle, bei der die Polizei im Rahmen des Opferschutzes und der Opferhilfe aktiv wird.

Die Beantwortung der Großen Anfrage – da stimme ich mit dem Schlussplädoyer von Frau Conrads wieder überein – zeigt: Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus gibt es für die Landesregierung und für uns als Landesgesetzgeber noch viel zu tun. Im rot-grünen Koalitionsvertrag heißt es – ich zitiere –:

„Wir stehen für ein weltoffenes, solidarisches und tolerantes Nordrhein-Westfalen.“

Wir wollen ein landesweites Handlungskonzept gegen antidemokratische Tendenzen entwickeln.

Dazu wollen wir die Landeszentrale für politische Bildung stärken.

Dort ist auch die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus angesiedelt, bei der die Mobilien Beratungsteams verankert sind.

Außerdem haben wir in diesem Jahr 300.000 € für Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in den Haushalt eingestellt. Das muss tatsächlich aufgebaut werden.

Wir müssen die politische Bildung sowohl in den Schulen als auch in der außerschulischen Jugendarbeit stärken. Darüber werden wir am Freitag noch diskutieren. Extremismusprävention kann nur gelingen, wenn sie langfristig und nachhaltig angelegt ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bovermann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Frau Conrads recht geben: Die Große Anfrage hat sehr deutlich gemacht, dass man angesichts der Mitgliederzahlen und des hohen Mobilisierungspotenzials der rechten Szene eindeutig feststellen muss, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein gewaltiges Problem haben.

Dabei handelt es sich nicht um einige wenige versprengte Ewiggestrige, wie so häufig für die Westbundesländer immer wieder behauptet wird, sondern es gibt hier ganz klar rechtsextreme Gruppierungen, Organisationen und Parteien, deren Mitglieder versuchen, ihre Vorstellung von einem autoritären Regime und von einer Volksgemeinschaft auch mit Gewalt durchzusetzen.

Ich finde – das richte ich an die CDU –, dass es nicht hilft, dabei nur Hinweise auf die linke Gewalt zu geben und damit von der eigentlichen Gefahr abzulenken.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deutlich ist doch: Die Gefahr kommt von rechts. Das müssen wir so klar benennen, um effektiv gegen Rechtsextremismus vorgehen zu können.

(Zurufe von der CDU)

Viele von Ihnen werden sich sicherlich noch an den Sprengstofffund bei Aktivisten der Kameradschaft Aachener Land im letzten Jahr erinnern. Wir haben das auch im Innenausschuss diskutiert. Diese Sprengvorrichtungen sollten ganz offensichtlich bei einer Demonstration zum 1. Mai 2010 in Berlin gegen sogenannte politische Gegnerinnen und Gegner und auch gegen die Polizei eingesetzt werden.

Aber das ist nur ein Beispiel von vielen. Dieses Beispiel wird übrigens auch im aktuellen Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz genannt. Das ist nur ein einziges Beispiel für die gestiegene Gewaltbereitschaft von Neonazis in Nordrhein-Westfalen.

Wir erleben den offiziellen Statistiken zufolge – das kann man auch der Presse entnehmen; wer aufmerksam die Zeitung liest, weiß das – mindestens jeden zweiten Tag rechte Gewalt in Nordrhein-Westfalen. Menschen werden aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität oder aufgrund ihres Engagements gegen Rechtsextremismus und für Demokratie Opfer von rechter Gewalt.

Ich finde es wichtig, deutlich zu machen, dass es sich dabei nicht nur um Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von einzelnen betroffenen Individuen handelt, sondern dass sich diese Gewalt ganz klar stellvertretend gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft richtet. Deshalb dürfen wir diese Gewalt auf keinen Fall tolerieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Wir dürfen die Opfer nicht alleinlassen.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Deshalb ist es gut und wichtig, dass wir Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt einrichten werden.

Aber von den Neonazis wird nicht nur der Kampf um die Straße betrieben, wie es das Konzept der Neonazis, insbesondere der NPD, vorsieht, sondern auch der Kampf um die Köpfe und der Kampf um die Parlamente, dem wir uns entschieden entgegenstellen müssen.

Derzeit bekleiden die Mitglieder von NPD, DVU und „pro NRW“ über 50 Rats- und Kreistagsmandate in den nordrhein-westfälischen Kommunen.

Dabei finde ich besonders erschreckend, dass es „pro Köln“ und „pro NRW“ geschafft haben, mit ihren rechtspopulistischen und islamfeindlichen Forderungen unter dem Deckmantel einer selbsternannten Bürgerbewegung so gut abzuschneiden, obwohl viele von uns in diesem Parlament gemeinsam mit demokratischen Einrichtungen vor den letzten Kommunalwahlen in Köln sehr deutlich gemacht haben, um wen es sich bei „pro Köln“ eigentlich handelt. Trotzdem haben „pro Köln“ und viele andere pro-Gruppen bei den Kommunalwahlen so gut abgeschnitten.

Bei den Landtagswahlen hat „pro NRW“ auf Anhieb bei der ersten Kandidatur für den Landtag 1,4 % der Stimmen gewonnen. Das zeigt auch, dass es rechtsextreme Tendenzen, antisemitische, rassistische und islamfeindliche Einstellungen mitten in der Gesellschaft gibt. Es stimmt nicht, dass es so etwas nur an den Rändern der Gesellschaft gibt. Diese Einstellungen sind auch in der Mitte zu finden.

Deshalb muss ich in Richtung CDU daran erinnern: Als wir im Innenausschuss den Verfassungsschutzbericht diskutiert haben, haben Sie gesagt, dass es per se in demokratischen Parteien wie der CDU keinen Rassismus oder Antisemitismus geben würde. Ich halte das für völlig falsch. Auch aus Studien geht hervor, dass rechte Einstellungen natürlich in der Mitte der Gesellschaft vorhanden sind – natürlich auch in demokratischen Parteien.

Von daher finde ich es so wichtig, dass wir als Demokratinnen und Demokraten genau hinschauen und auch in unsere eigene Parteien blicken,

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

dass wir Äußerungen problematisieren und dass wir deutlich machen, dass wir antidemokratische Tendenzen in unserer Gesellschaft und auch in unseren Parteien nicht tolerieren. Dafür müssen wir aber genau hinschauen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dass es gegen Rechtsextremismus und Rassismus kein Allheilmittel gibt, ist sehr deutlich. Denn das Phänomen des Rechtsextremismus ist sehr vielschichtig. Aber klar ist auch, dass wir eine starke Zivilgesellschaft und die vielen lokalen Bündnisse gegen rechts brauchen und dass wir sie stärken müssen. Wir brauchen die Projekte für Demokratie von unterschiedlichen Initiativen und Verbänden.

Allerdings gibt es gerade auf Bundesebene eine andere Entwicklung. Sie wissen, dass Bundesministerin Schröder diesen Initiativen aktuell Steine in den Weg legt, indem sie von diesen Initiativen fordert, die sogenannte Extremismusklausel zu unterschreiben, die nicht Demokratie – das sage ich ganz deutlich –, sondern verstärkt das Misstrauen zwischen den Verbänden fördert. Das halte ich für falsch.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nicht nur das halte ich für falsch, sondern auch, dass Frau Schröder den Ankündigungen zufolge bei den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus im nächsten Haushaltsjahr 2 Millionen € kürzen will. Das ist wirklich der falsche Ansatz. Das verdeutlicht mir, dass die CDU die Gefahr des Rechtsextremismus immer noch verharmlost: nicht nur in NRW, sondern auch auf Bundesebene.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Ich will die Situation aber nicht nur schwarzmalen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gute Strukturen. Wir haben die fünf mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in den Regierungsbezirken. Wir werden die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt einrichten.

Aber klar ist auch: Wir brauchen nicht nur eine Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen, sondern eigentlich eine Gesamtstrategie.

(Beifall von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Wir müssen uns insgesamt überlegen, wie wir gegen Rechtsextremismus und antidemokratische Tendenzen vorgehen können. Gerade wurde das Landesprogramm schon genannt; das haben wir uns fest vorgenommen.

Ich möchte nur einige Punkte anführen, die aus meiner Sicht unbedingt in ein solches Landesprogramm aufgenommen werden müssen. Natürlich müssen wir demokratische Beteiligung stärken.

Das beginnt für mich in den Schulen, wo wir schon die Drittelparität in den Schulkonferenzen wieder eingeführt haben – das ist für mich ein solcher Schritt –, führt über die Universitäten bis hin zum gesamten öffentlichen Leben.

Wir brauchen die Stärkung der demokratischen Jugendarbeit. Auch diesen Punkt sind wir als rot-grüne Regierungsfractionen mit dem Haushalt für 2011 schon angegangen.

Wir brauchen natürlich auch eine Verstärkung von so guten Projekten wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Wir brauchen Fortbildungs- und Beratungsangebote für Eltern, für Lehrerinnen und Lehrer, die es ja auch schon zuhauf gibt.

Ich glaube, vor allen Dingen brauchen wir eine Koordination dessen. Es gibt eine Menge. Aber die Bündelung ist wichtig. Wir müssen dafür sorgen, dass die entsprechenden Angebote auch bei denjenigen, die sie brauchen, ankommen. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt dieses Landesprogramms.

Wie gesagt, wir werden uns auf den Weg machen. Natürlich sind wir auch offen, Anregungen aus dem Parlament mitzunehmen und in das Programm mit einzuarbeiten. Ich freue mich jetzt schon auf die Debatte, die wir dann über das Landesprogramm führen werden.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Engel das Wort.

**Horst Engel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei der Landesregierung für die sehr ausführliche und informative Beantwortung der Anfrage bedanken.

Ja, Frau Conrads, Dortmund/Wilhelmsplatz ist ein Problem. Darauf haben wir bisher noch keine Antwort. Ich weiß auch nicht, warum wir dort die Verhältnisse nicht in den Griff kriegen. Schauen wir einmal. Das Thema wird uns im Innenausschuss sicherlich noch an der einen oder anderen Stelle zu beschäftigen haben.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es steht völlig außer Frage, dass in diesem Hause – das muss man am Anfang ja immer wieder bekennen – und im ganzen Land Nordrhein-Westfalen alle hier vertretenen Demokraten jedwede Form des Extremismus ablehnen und bekämpfen.

(Theo Kruse [CDU]: So ist es!)

Wer mit Gewalt und extremistischen Parolen versucht, die eigenen Ziele durchzusetzen, sich gegen die Verfassung stellt und damit im wahrsten Sinne des Wortes unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit Füßen tritt, gehört mit den Mitteln des Rechtsstaates verfolgt und ist dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

(Beifall von der FDP, von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Genauso wichtig ist aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Prophylaxe. Wir müssen uns immer wieder fragen, warum Menschen, gerade junge Menschen, dem Extremismus – sei er politisch, religiös oder sonst wie geartet – verfallen. Hier sind wir in der Pflicht. Durch Bildung und Aufklärung können wir vieles leisten, aber bitte – das gehört auch hierhin – nicht immer mit dem erhobe-

nen Zeigefinger. Unsere Kinder und Jugendlichen sind nicht die Verantwortlichen für das, was in der Geschichte unseres Landes immer noch einen langen Schatten wirft.

Ich möchte nicht nach hinten schauen, sondern nach vorne. Wenn man sich die parlamentarischen Initiativen der Linken ansieht, könnte man meinen, es gäbe nur die eine Form von Extremismus – das kam ja auch schon bei den Redebeiträgen durch –, nämlich die von rechts, und das in zunehmendem Maße, Frau Conrads. So ist das aber nicht. Auch wenn Sie es nicht gerne hören möchten: Es ist nicht so, dass sich die Extremismussituation nur mit dem Blick nach rechts in den letzten Jahren verändert hat.

Sie haben sich doch so eingehend mit dem Verfassungsschutzbericht auseinandergesetzt. Das haben Sie jedenfalls in der Sitzung des Hauptausschusses am 12. Mai deutlich gemacht, Herr Kollege Sagel. Dann wird Ihnen doch wohl aufgefallen sein, dass nicht die reine Eskalation in der rechten Szene im Mittelpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes stand, sondern die zunehmende Rechts-Links-Eskalation.

Ich empfehle Ihnen wieder: Nehmen Sie nächstes Jahr einmal in Dortmund an der Großdemonstration zum 1. Mai teil! Machen Sie sich einmal vor Ort ein Bild!

(Nadja Lüders [SPD]: 03.09.!)

Dann wissen Sie, wovon ich rede.

Hierauf gehen Sie zwar in Ihrer Fragestellung ein, aber immer mit einem einseitigen Opfergedanken bei der linken Szene. Das wird dem Problem nicht gerecht.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Engel, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Beuermann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Horst Engel (FDP):** Gerne, Frau Beuermann.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Kollegin, bitte.

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Danke, Herr Engel, dass Sie die Frage zulassen. – Sie brachten den 1. Mai gerade ins Gespräch. In der Tat: ein Tag der Arbeit. Aber meine Frage zielt darauf ab: Wie haben Sie sich und wie hat sich die FDP in der Vergangenheit und wie wird sich die FDP in der Zukunft zum Beispiel an den Demonstrationen „Dortmund stellt sich quer“ beteiligen? Wie stehen Sie dazu?

**Horst Engel (FDP):** Frau Beuermann, vielen Dank für die Frage. Wir haben immer klare Kante gezeigt. Wir wollten wissen: Was geht da eigentlich ab? Deshalb haben wir mit der Unterstützung in den letzten zehn Jahren, für die ich hier sprechen kann – es sind jetzt schon fast elf –, auch versucht, hinter die Kulissen zu schauen. Ich kann das nur empfehlen. Melden Sie sich beim Innenministerium an. Vielleicht macht der Innenminister ja selber noch einmal Werbung dafür. Sie werden entsprechend betreut und Sie bekommen einen authentischen Eindruck davon, was da passiert. Sie sind hinterher also nicht der veröffentlichten Meinung, also der Berichterstattung, ausgeliefert, sondern Sie wissen selber, was läuft.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Teilnahme, Herr Engel! Teilnahme! Aktive Teilnahme!)

– Frau Beuermann, das ist eine Form der Teilnahme, sich sachkundig zu machen

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Sofateilnahme also!)

und das in die parlamentarische Arbeit einfließen zu lassen. Ich muss da nicht unbedingt demonstrieren. Das brauche ich nicht.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Aha!)

Ich brauche da keine Flagge zu zeigen, sondern ich schaue mir an, was da los ist. Damit zeige ich indirekt Flagge.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ja, Sofaflagge!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zurück zum Thema. In der vergangenen Woche hat die „taz“ unter der Überschrift „Krieg der Steine“ über die linke radikale Szene am Beispiel eines Autonomen berichtet. Zitat: „Militanz ist kein Hobby, sondern eine Haltung.“ Hört sich so ein Opfer an? – Und weiter: 1.626 linke Straftaten zählte die Polizei deutschlandweit in den ersten drei Monaten dieses Jahres und damit 60 % mehr Gewalttaten als im ersten Quartal 2010.

Hoffen wir, dass dieser Bundestrend nicht auch nach Nordrhein-Westfalen durchschlägt. Der Verfassungsschutzbericht für NRW beschreibt zumindest für das Jahr 2010 einen erheblichen Rückgang an politisch motivierter Kriminalität.

Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung eigener Ziele kann von keiner Blickrichtung her geduldet werden, von keiner Blickrichtung. Der körperlichen Unversehrtheit ist es nämlich völlig egal, ob der Stein von einem Nazi oder von einem linken Autonomen geflogen kommt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass der Verfassungsschutz nicht nur die rechte, sondern auch die linke Szene in besonderem Maße im Auge behält

und ganz unten anfängt. „Andi“ sei Dank. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Jäger das Wort.

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage trägt die Überschrift „Neofaschismus bzw. Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen“.

Die Landesregierung ist bei der Beantwortung der Großen Anfrage davon ausgegangen, dass der Begriff „Neofaschismus“ dabei als Synonym für Rechtsextremismus verstanden werden sollte. Deshalb hat die Landesregierung bei der Beantwortung lediglich den Begriff „Rechtsextremismus“ verwandt. Er ist bei den Behörden und Gerichten und im Bund und im Land akzeptiert und wird dort einheitlich so verwandt.

Der Rechtsextremismus ist gekennzeichnet von seinem übersteigerten Nationalismus, seinem Rassismus, seinem Antisemitismus, seiner Ausländerfeindlichkeit, seiner Ideologie der Volksgemeinschaft. Dies wird – finde ich –, in der Antwort der Großen Anfrage dokumentiert, von der Landesregierung entschieden abgelehnt. Rechtsextremisten werden vom Verfassungsschutz beobachtet und politisch motivierte Straftaten mit allen der Landesregierung zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und konsequent verfolgt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass in Nordrhein-Westfalen in der Bevölkerung nach wie vor ein breiter Konsens gegen rechtsextreme Ideologien und gegen politisch motivierte Kriminalität und Gewalt besteht. Es gilt, diesen Konsens weiter auszubauen.

(Beifall von Theo Kruse [CDU])

Jede Form von Rechtsextremismus, auch wenn er als Bürgerbewegung oder als Partei daherkommt wie bei „pro NRW“ und NPD, muss frühzeitig demaskiert werden. Rechtsextremisten verletzen die Menschenrechte und gefährden unsere Demokratie. Sie legen den geistigen Nährboden für Gewalt gegen Ausländer und Andersdenkende.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN, von Theo Kruse [CDU] und von Anna Conrads [LINKE])

Deshalb setzt die Landesregierung auf präventive Maßnahmen, auf Aufklärung der Öffentlichkeit durch Polizei und Verfassungsschutz, die Wahrnehmung von politischer Bildung als Querschnittsaufgabe auch und gerade in Schulen und außerschulischen Einrichtungen und auf die Förderung

von Pluralität in unserer und Integration in unsere Gesellschaft.

Rechtsextremismus wird in der Öffentlichkeit häufig durch Demonstrationen wahrgenommen, die von rechtsextremen Gruppen oder Einzelpersonen organisiert werden. In der Antwort auf die Große Anfrage haben wir diese Aktionen detailliert aufgelistet.

Dabei prüfen die Versammlungsbehörden in jedem Einzelfall, ob Verbotsgründe vorliegen. In jedem Einzelfall – das ist mir wichtig. Aber auch wenn wir solche rechtsextremistischen Aufmärsche unerträglich finden, ist das Verbot in einem demokratischen Rechtsstaat nur die Ultima Ratio, das heißt, das immer letzte Mittel.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister Jäger, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Frau Conrads würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Gern.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ich habe keine Frage! Das ist ein technisches Problem!)

**Anna Conrads (LINKE):** Vielen Dank, dass Sie es gerade ansprechen, Herr Jäger. Ich habe daran anschließend direkt eine Frage. Sie sprachen gerade vom NPD-Verbotsverfahren, das 2002/2003 hier gescheitert ist, unter anderem wegen der großen V-Leute-Anzahl des NRW-Verfassungsschutzes.

Planen Sie da gegebenenfalls a) ein neues Verbotsverfahren, und b) wie gehen Sie mit der Frage „Abzug der V-Leute aus der NPD und anderen militanten Strukturen“ um?

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Frau Conrads, ich will das gern zwischendurch beantworten. Bei meinen Verbotsgründen habe ich mich bei der Rede auf rechtsextremistische Demonstrationen bezogen. Da hat es Verbotsanträge von nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden gegeben,

(Anna Conrads [LINKE]: Sie können ja trotzdem was zu den V-Männern sagen!)

– darf ich vielleicht zu Ende antworten – auch und gerade wegen eines Vorfalls, den Sie selbst beschrieben haben, dass aus der Aachener Kameradschaft heraus mit sprengstoffähnlichen Materialien hantiert wurde.

Wir haben dies zum Anlass genommen, einen Verbotsantrag zu stellen bzw. ursprünglich diese Versammlung zu untersagen bzw. haben dies die Genehmigungsbehörden getan. Wir haben uns damit juristisch vor den Gerichten nicht durchsetzen kön-

nen. Das ist bedauerlich, weil wir geglaubt haben, dass mit diesen Handlungen im Vorfeld eine Stufe erreicht war, wo Demonstrationsteilnehmer, unschuldige Bürgerinnen und Bürger, aber auch eingesetzte Polizeibeamtinnen und -beamte gefährdet werden.

Ich werde gleich dazu ausführen, warum das Gericht zu seinem Schluss gekommen ist.

Was Verbotsanträge in Sachen NPD angeht: Das Problem sind nicht die V-Leute, Frau Conrads,

(Anna Conrads [LINKE]: Doch, war es!)

sondern ich sage Ihnen, warum wir zwar die Position vertreten, dass diese NPD zu verbieten wäre, wir aus dem Land Nordrhein-Westfalen aber wenig dazu beitragen können. Ich sage Ihnen das ganz offen: weil Gott sei Dank die NPD in Nordrhein-Westfalen nahezu keinerlei Bedeutung besitzt, weil diese NPD selbst nach der Selbstauflösung der DVU nahezu keinen Zuwachs erhalten hat. Wir könnten in einem solchen Verbotverfahren aus Nordrhein-Westfalen heraus nur wenig zur Begründung eines solchen NPD-Verbotsantrags beitragen.

Aber ich glaube – ich sagte es schon –: So unerträglich die Existenz dieser Partei ist, kann ein Verbot nur die Ultima Ratio sein. Es muss gute Gründe geben, eine solche Partei verbieten zu können. Unsere Verfassung schreibt aus der Geschichte und Tradition Deutschlands heraus eine hohe Hürde vor.

Ich wiederhole es noch einmal: Gott sei Dank spielt die NPD in Nordrhein-Westfalen nahezu keine Rolle; der Rechtsextremismus schon, aber diese Partei nicht.

Frau Conrads, ich will aber noch die Frage beantworten, warum Verbotsanträge zu Demonstrationen, auch wenn sie von Sicherheitsbehörden aus Nordrhein-Westfalen gestellt worden sind, so von den Gerichten nicht mitgetragen worden sind.

Ich will hier das Verfassungsgericht zitieren, das eindeutig das Prinzip der streitbaren Demokratie vorausstellt. Ich darf zitieren:

„Das Grundgesetz vertraut auf die Kraft der freien Auseinandersetzung als wirksamste Waffe auch gegen die Verbreitung totalitärer und menschenverachtender Ideologien. Dementsprechend fällt selbst die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts als radikale Infragestellung der geltenden Ordnung nicht von vornherein aus dem Schutzbereich“

– des Art. 5 Grundgesetz –

„heraus. Den damit verbundenen Gefahren entgegenzutreten, weist die freiheitliche Ordnung des Grundgesetzes primär bürgerschaftlichem Engagement im freien politischen Diskurs“

– sowie der staatlichen Aufklärung und Erziehung in den Schulen gemäß § 7 Grundgesetz –

„zu.“

Um es in einem Satz zu sagen: Bürger müssen sich wehren, müssen sich engagieren. Ich glaube, im Übrigen müssen auch Abgeordnete, wenn Rechtsradikale aufmarschieren, Präsenz zeigen. Dazu fordert das Verfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land auf.

Das hohe Gut der Versammlungsfreiheit, meine Damen und Herren, aus der Geschichte Deutschlands begründet, darf aber nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Extremisten missbraucht werden. Ich sage ganz deutlich: Die steigende gewalttätige Eskalation zwischen Neonazis auf der einen und linksextremistischen Autonomen auf der anderen Seite macht uns, macht der Polizei, macht dem Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen inzwischen große Sorge.

Auch hier gilt es, der Gefahr frühzeitig entgegenzutreten und jede Solidarität mit solchen Aktionisten zu vermeiden. Unsere gemeinsame Aufgabe muss es sein, sehr genau zwischen demokratisch legitimierten politischen Protesten, auch mit unerträglicher extremistischer Propaganda, und den Protesten derjenigen zu unterscheiden, die unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit ihre verfassungsfeindlichen Ziele verfolgen.

Um es deutlich zu sagen, meine Damen und Herren, Herr Engel, Herr Lehne: Wenig zielführend im gemeinsamen Kampf gegen Extremismus ist die gegenseitige Schuldzuweisung unter Demokraten.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] – Minister Guntram Schneider: Sehr gut!)

Fragen wie – auch an die Linken gerichtet –, ob die Polizei oder der Verfassungsschutz auf dem rechten oder linken Auge blind ist, führen dazu, dass wir bei der Bekämpfung unserer Verfassungsfeinde keinen Schritt weiterkommen. Im Gegenteil: Sie stellen das Handeln staatlicher Organe infrage.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Deshalb sollten alle demokratischen Parteien und alle demokratischen Kräfte, wie dies überwiegend in diesem Landtag vorgelebt wird, gemeinsam gegen den Rechtsextremismus vorgehen.

Die Diskussion darüber, ob alle von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene – hier gehe ich auf einen Vorhalt von Ihnen, Frau Conrads, ein – verübten Straftaten, auch Tötungsdelikte, zwangsläufig der politisch-motivierten Kriminalität zuzuordnen sind, führt, Frau Conrads, am eigentlichen Kern des Problems vorbei. Denn Justiz und Polizei treffen in allen Fällen die gebotenen Maßnahmen, um Straftaten erstens zu verhüten und zweitens zu verfolgen,

und zwar unbeschadet von der Ideologie des einzelnen Täters.

Wir haben überhaupt kein Interesse daran, in der statistischen Aufbereitung den Rechtsextremismus zu verharmlosen. Im Gegenteil: In jedem Einzelfall erfolgt zur statistischen Erfassung eine Prüfung der anzunehmenden Motivation des Täters für die konkrete Straftat. Deshalb, Frau Conrads: Es ist immer Aufgabe der Justiz und der Polizei, im Einzelfall zu überprüfen, ob die jeweilige Straftat einen konkreten politischen Hintergrund oder eine andere Motivation hat. Es ist übrigens bundesweit Standard, wie solche Straftaten erhoben und zugeordnet werden. Um es umgekehrt zu formulieren: Ich hielte nichts von Strafverfolgungsbehörden, die unabhängig von der Motivation Straftaten nach der politischen Einstellung des Täters erfassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Artikel 1 unseres Grundgesetzes lautet:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Dieses Grund- und Menschenrecht ist angeboren, unveräußerlich, unteilbar, unabhängig von der Hautfarbe, der Religion, der Herkunft oder politischen Einstellung. Extremisten dagegen tasten diese Menschenwürde permanent an. Wir als Landesregierung werden auch künftig allen extremistischen Bestrebungen entschieden entgegengetreten.

Wir werden das durch Informationserhebungen, Analysen, Lagebewertungen, aber vor allem auch durch Prävention und Gefahrenforschung tun. Wir werden das intensiv bearbeiten, Straftaten konsequent verfolgen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird weiter ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Landesregierung sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die Fraktion der CDU hat noch einmal Herr Lehne das Wort.

**Olaf Lehne (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Herr Innenminister Jäger hat es zum Schluss richtig umschrieben: Es geht darum, gegen Extremisten zu kämpfen und zu verdeutlichen, dass Extremismus an sich nicht zu tragen ist.

Die Anfeindungen von Links und Grün weise ich ausdrücklich zurück. Wir als CDU verharmlosen nicht in irgendeiner Art und Weise den Rechtsextremismus,

(Beifall von der CDU)

sondern wir sehen es objektiv. Das tun Sie nicht. Die Auffassung der Grünen hat mich deswegen –

das sage ich ganz offen – sehr erschüttert, weil ich dachte, dass Sie nach der Entledigung von Herrn Sagel endlich wieder auf dem richtigen Weg sind. Aber leider muss man feststellen, dass dies nicht der Fall ist.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung:

Erstens. Ich muss mir den Vorwurf, dass ich den Rechtsextremismus verharmlose, schon deshalb nicht gefallen lassen, weil ich auch unter anderem als Vorstandsmitglied des Deutschen Vereins Yad Vashem mit Sicherheit weiß, was Rechtsextremismus bedeutet und wie man sich gegen ihn wendet.

Zweitens. Dass ausgerechnet eine Partei, die den Staat Israel ablehnt und ihn nicht anerkennt, gegen Rechtsextremismus spricht, spricht schon für sich. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sie sagen bewusst die Unwahrheit! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Sie sagen die Unwahrheit! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Lehne, Frau Demirel würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Olaf Lehne (CDU):** Nein.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Lehne. Herr Lehne lässt keine Zwischenfrage mehr zu. – Nun hat für die SPD-Fraktion Frau Lüders das Wort.

**Nadja Lüders (SPD):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Linke erwähnt in ihrem Anfragetext ausdrücklich meine Heimatstadt Dortmund. Ich finde es – gelinde gesagt – eine bodenlose Frechheit, der örtlichen Politik, der Polizei und der Justiz zu unterstellen, dass wir den Neofaschismus, wie Sie ihn nennen, verharmlosen und bagatellisieren würden. Damit greifen Sie Ihre eigene Partei vor Ort an.

(Zuruf von Anna Conrads [LINKE])

– Lesen Sie doch einmal Ihren Text der Großen Anfrage. Sie schreiben, dass unter anderem in Dortmund seit Jahren von der örtlichen Politik, Polizei und Justiz die Existenz aktiver Netzwerke von Neofaschisten verharmlost und bagatellisiert werde.

Ihre Partei hat am 13. September 2007 dem Antrag von SPD und Grünen im Rat zugestimmt, dass wir endlich einen Aktionsplan für Toleranz, Vielfalt und Demokratie aufstellen. Dieser Aktionsplan ist beim Oberbürgermeister der Stadt Dortmund angesiedelt. Im Rahmen dieses Aktionsplans finden ganz vielfältige Aktionen statt. Wie mein Vorredner von der

SPD-Fraktion, Herr Prof. Bovermann, ausdrücklich gesagt hat, sind Prävention und Aufklärung in den Schulen die Kernpunkte, um gegen Extremismus vorzugehen. Ganz viele Schulen in Dortmund nehmen am Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ teil.

Wir haben uns auch intensiv mit den Ursachen für die Situation in Dortmund auseinandergesetzt. Wir haben ein Gutachten eingeholt, mit dem Sie sich beschäftigen sollten. Das Gutachten wurde von Herrn Prof. Heitmeyer erstellt. Er hat den Rechtsextremismus gerade in Dortmund untersucht.

Herr Lehne, ich gebe Ihnen recht und finde es ein wenig merkwürdig: Die Linken wollen das alles gar nicht wahrnehmen. Für mich erklärt sich sogar das Verhalten der Linken. Sie hat dieses Alleinstellungsmerkmal, allein die Kämpfer gegen den Faschismus zu sein, für sich entdeckt. Entschuldigen lässt sich das in keiner Weise,

(Beifall von der SPD und von der CDU)

weder mit der Geschichte meiner Partei noch mit der Geschichte meiner Familie. Ich finde es unverschämt, allen anderen dieses Recht abzusprechen.

Sie haben auf das Bündnis „Dortmund nazifrei!“ hingewiesen, Frau Conrads. Ja, die Jugendorganisationen – die Jusos, die Grüne Jugend und die Julis – sind dabei. Der Oberbürgermeister unterstützt es. Aber wo ist Ihre Jugendorganisation?

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Wo ist Ihre?

(Zuruf von der LINKEN: Dortmund stellt sich quer!)

– In einem anderen Bündnis. Warum haben sie den Beitritt abgelehnt? Das kann ich Ihnen sagen: Sie hatten eine weitere Forderung. Wir sollten nämlich gleichzeitig dazu aufrufen, aus Afghanistan abzu ziehen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Bleiben Sie doch einmal bei der Sache!)

Genau wie bei der Politik hier im Hause setzen Sie immer einen oben drauf. Sie wollen an dieser Stelle gar kein Ziel erreichen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Wir wollen keinen Kuschkurs!)

Ich rufe Sie auf: Treten Sie dem Aufruf bei und unterstützen Sie die Forderung der Dortmunder, dass Dortmund nazifrei ist.

Ich finde es immer befremdlich, wenn alle so tun, als ob Dortmund eine Nazihochburg sei. Im Gegenteil: Das Gutachten von Prof. Heitmeyer hat genau das Gegenteil verdeutlicht.

In Dortmund gibt es massive Kräfte und eine wunderbare Bündelung von bürgerlichem Engagement. Die AWO ist ebenso im Arbeitskreis gegen Rechts-

extremismus wie die CDU. Wir alle sind und stellen uns gegen den Rechtsextremismus.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Und wir setzen uns hin und stricken Socken!)

Die Koordinierungsstelle wird durch Herrn Anders-Hoepgen, Superintendent der Evangelischen Kirche a. D., geleitet. Gerade vor dem Hintergrund dieses Engagements sollten wir gemeinsam nach vorne schauen und überlegen, wie wir nicht nur Prävention betreiben und Flagge zeigen, sondern auch die Opferberatung in die Hand nehmen können. Ich finde, das wäre ein gutes Projekt für Dortmund, welches Strahlkraft für ganz Nordrhein-Westfalen entfalten könnte. Den Grundstein hat die Stadt Dortmund gelegt. Sie sagt, sie nimmt Geld in die Hand, um dieses Projekt aufzubauen.

Zum Schluss rufe ich Sie noch einmal auf: Machen Sie mit! Die Julis tun es schon. Die FDP kann es auch gerne tun. Dortmund muss nazifrei sein. Zeigen Sie alle Flagge!

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Lüders. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Engel das Wort.

**Horst Engel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, ich habe bei meinem Vortrag von der Tonlage und von den Argumenten her wirklich versucht, zum Ausdruck zu bringen, dass ich hier nicht stehe, um mit Schuldzuweisungen zu arbeiten. Das habe ich auch nicht gemacht. Insofern ist Ihre Replik an dieser Stelle unberechtigt.

Ich sagte, dass die Demokraten hier im Hause und im Lande zusammenstehen und die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kompromisslos erhalten wollen. Wir haben über Dortmund gesprochen. Frau Conrads kommt aus Duisburg. Einige haben ganz spezielle Erfahrungen gemacht. Ich komme aus einem kleinen Städtchen wie Pulheim mit 53.000 Einwohnern im Nordwesten von Köln. Wir haben dort das gleiche Problem. Die Kollegen aus dem Rat, aus der Verwaltung und vor allen Dingen aus den Schulen – natürlich auch ich – stehen vorne, damit solche Dinge nicht passieren.

Dort wohnt leider ein grauenhafter Neonazi. Einen Namen will ich nicht nennen. Keine öffentliche Einrichtung ist von Graffiti verschont geblieben. Es wurden furchtbare Aufkleber mit einem Klebstoff angebracht, der es nicht ohne Weiteres erlaubt, die Aufkleber zu entfernen. Es gibt ein richtig buntes Bündnis dagegen. Man hat sich aufgelehnt. Die Federführung liegt bei unserem Geschwister-Scholl-Gymnasium. Da sind wir unterwegs.

Es liegt mir fern, Schuld zuzuweisen. Ich möchte nur dazu beitragen und sagen, man darf weder auf

dem linken noch auf dem rechten Auge blind sein. Egal, wer in den letzten Jahren regiert und den Innenminister gestellt hat, haben wir bewiesen, dass wir weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind sind.

Noch einmal: Meine Replik soll dazu beitragen, dass Sie das Bemühen der FDP-Fraktion und ihrer Sprecher würdigen und erkennen. Nein, wir sind weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind. Wir verlangen aber auch, dass dies gelebt wird. Wir glauben, wir können ein Beispiel dafür geben. Das war der Sinn meines Vortrags. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will die Diskussion nicht in die Länge ziehen, sondern nur noch einmal auf drei Dinge abheben, falls diese in meiner Rede nicht deutlich genug geworden sind.

Erstens. Eine wehrhafte Demokratie kann – auch was rechtsextremistische Erscheinungsformen in Form von Demonstrationen angeht – nicht mit Verböten reagieren. Sie muss sich dies gefallen lassen, so unerträglich dies auch manchmal ist. Dass das Verfassungsgericht selbst festgestellt hat, dass das Gut der Versammlungsfreiheit so hoch zu bewerten ist, dass selbst solche unerträglichen Demonstrationen stattfinden, kann nur bedeuten, dass im Rahmen einer wehrhaften Demokratie die Bürgerinnen und Bürger sich an diesem Tage selbst zeigen und selbst dagegen demonstrieren. Das ist sozusagen ein Demonstrationsaufruf des Verfassungsgerichtes. Das wollte ich als Erstes sagen. Herr Engel, das bezog sich auf die Frage, auf welcher Seite man teilnimmt.

Das Zweite, was ich klar und deutlich sagen will: Diese Landesregierung hat überhaupt kein Interesse, politisch motivierte Kriminalität in irgendeiner Weise statistisch nicht zu erfassen, egal ob sie von Rechts oder Links kommt. Entscheidend für die statistische Erfassung ist, aus welcher Motivation heraus der Täter die Tat begangen hat – nicht die politische Herkunft des Täters.

Das Dritte. Gestatten Sie mir die Anmerkung nach dem einen oder anderen Redebeitrag: Die erste Demokratie auf deutschem Boden ist deshalb gescheitert, weil die demokratischen Parteien kein Bündnis gegen Rechts gefunden haben. Das ist mit der Situation heute, in der wir sind, nicht vergleichbar. Aber die einen oder anderen Wortbeiträge haben mir gezeigt, dass dieses Geschichtsbewusstsein nicht bei allen gleichermaßen ausgeprägt ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke, Herr Minister Jäger. – Jetzt liegen wirklich keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich die Beratung.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt endgültig mit der Feststellung verlasse, dass die Große Anfrage 1 der Fraktion Die Linke Drucksache 15/921 erledigt ist, hat Herr Kollege Zimmermann darum gebeten, nach § 29 eine persönliche Bemerkung machen zu dürfen. Das darf er. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass der Redner in dem Fall nicht zur Sache reden darf und der Korridor, in dem Sie sich jetzt bewegen, relativ schmal ist. Bitte schön.

**Wolfgang Zimmermann (LINKE):** Danke, Frau Präsidentin! Ich weiß Bescheid und respektiere das.

Es geht mir um zwei Punkte in der Rede von Herrn Lehne. Herr Lehne, ich fordere Sie auf, sich zu entschuldigen und diese unsäglichen Tiervergleiche sein zu lassen, mit denen Sie unsere Fraktion und ihre Mitglieder als Wölfe im Schafspelz bezeichnen. Das ist das Erste, wozu ich Sie auffordere.

Zweitens. Sie operieren hier mit Unwahrheiten, um nicht zu sagen Lügen. Ich fordere Sie auf, zurückzunehmen, dass Die Linke nicht das Existenzrecht Israels anerkennt. Ich bin selbst Mitglied im Parteivorstand meiner Partei. Wir haben noch vor zwei Wochen einen Programmentwurf vorgelegt, in dem zum Ersten das Existenzrecht Israels und zum Zweiten – das ist nur eine Wiederholung, weil das Position meiner Partei ist – natürlich auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat betont wird. Ich fordere Sie auf, Ihre unwahre Behauptung zurückzunehmen und diese nicht zu wiederholen.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke, Herr Kollege Zimmermann. – Damit stelle ich fest, dass die **Große Anfrage 1** der Fraktion Die Linke **erledigt** ist.

Ich rufe auf:

#### **11 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Beschäftigung neu denken – einen sozialen Arbeitsmarkt für NRW voranbringen**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2211 – Neudruck

Entschließungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/2424